

PRESSESTIMMEN

BREXIT

taz. die tageszeitung

„Abkehr“ Es wird wieder über den Brexit verhandelt. Boris Johnsons Treffen mit Jean-Claude Juncker in Luxemburg diente natürlich nicht dazu, eine Einigung aus dem Hut zu zaubern. Aber es markierte die öffentliche Abkehr von der bisherigen EU-Linie, wonach Nachverhandlungen ausgeschlossen seien. Das war sowieso stets eine untragbare Position. Das 2018 ausgehandelte Brexit-Abkommen ist dreimal im britischen Parlament durchgefallen und wird nie zustimmungsfähig sein. Wenn die EU davon nicht abrückt, nimmt sie den No-Deal-Brexit in Kauf.

taz, Berlin

Frankfurter Allgemeine

„Unglaublich“ Kann die EU vertrauensvoll mit einem Mann zusammenarbeiten, der so tut, als gingen ihn Gesetze nichts an? Würde sich so einer an einen Austrittsvertrag halten?

FAZ, Frankfurt

KALENDERBLATT



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

18. September

■ **1814:** Vertreter nahezu aller europäischer Staaten treffen sich in Wien zu einer großen Friedenskonferenz, dem Wiener Kongress. Ziel ist die Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen.

■ **1949:** Zum ersten Mal nach dem Krieg präsentieren sich 205 Verlage auf der **Frankfurter Buchmesse**, nunmehr die größte Buchmesse der Welt.

■ **1959:** Auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention wird in Straßburg der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gegründet.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 23 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Spendenaufwurf

Karikatur: Mayerhofer

MENSCHEN

MATTEO RENZI

Mit neuer Partei zurück zur Macht

VON HEIDI RIEPL

Nein, an Selbstvertrauen mangelt es Matteo Renzi nicht. Der 44-Jährige sieht sich selbst als „Macher“ und „Hoffnungsträger“. Und keinesfalls als Politiker, der irgendwo in der zweiten Reihe dahindümpelt. Daher ist es auch keine Überraschung, dass der ehemalige italienische Regierungschef, der 2016 über ein Verfassungsreferendum stolperte, sich nun kraftvoll in der Öffentlichkeit zurückmeldet.

„Es besteht in Italien ein riesiger Raum für eine andere Politik“, sagte er und kündigte die Gründung einer neuen, europafreundlichen Partei an. Denn: Die Sozialdemokraten (PD), die er von 2013 bis 2018 anführte, hätten „keine Zukunftsvision mehr“. „Italia viva“ (Lebendiges Italien) soll die neue Mitte-Links-Kraft heißen. Das Programm, das „die Ideen und Träume für das Italien von morgen“ umfassen soll, will er erst im Oktober vorlegen.

Natürlich hat der ehrgeizige Florentiner, der einst als selbsternannter „Verschrotter“ der alten politischen Führungsriege gescheitert war, sein politisches Comeback genau geplant. Dass die Spaltung der Sozialisten nur wenige Tage nach der jüngsten Regierungsbildung erfolgt, ist ebenfalls Teil dieser Taktik. Zwar beteuert der studierte Jurist und dreifache Vater, dass er die Regierungskoalition unter der Führung von Giuseppe Conte weiter unterstützen werde. Doch umsonst wird er das sicher nicht machen. Denn ohne seine rund 30 bis 40 Parlamentarier, die sich ihm anschließen wollen, kann die neue Regierung nicht überleben. Es steht auch zu erwarten, dass Renzi sein eigenes politisches Süss-



Ex-Premier Matteo Renzi hat große Pläne. Foto: APA

chen kocht und nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um der Regierung ebenfalls den Stecker zu ziehen, wie es Lega-Chef Matteo Salvini im August getan hatte.

Italiens Politik bleibt also spannend. Zumal Renzi über einen besonders sensiblen Spürsinn verfügt, den er schon in der Kinderstube lernte. Sein Vater war Lokalpolitiker und hatte eine Firma für Zeitungswerbung. Kein Wunder also, dass Renzi Politik als Marketing versteht und auf diese Weise sein großes Ziel erreichen will: wieder Regierungschef werden.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON WOLFGANG BRAUN



Unser Heer – Ergebnis eines Raubbaus

Unser Bundesheer ist in Wahrheit kaum noch einsatzfähig. Der schonungslose Befund über das Heer, den Verteidigungsminister Thomas Starlinger gestern präsentierte, wird niemanden überraschen, der die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der jüngeren Vergangenheit verfolgt hat. Starlinger, selbst ranghoher Militär, spricht als unabhängiger Übergangsmilitär, Klartext, weil er auf keine parteipolitische Gemütslage Rücksicht nehmen muss.

Das ist ein wohlthuender Kontrast zu den Wahlkämpftönen der Parteien, die plötzlich alle mehr Geld für die Landesverteidigung fordern – nachdem sie das Heer vorher viele, viele Jahre ausgehungert haben.



Mehr Geld allein wird für eine Trendwende beim Heer nicht reichen.

Mehr Geld ist ohnehin nur der zweite Schritt. Wichtiger wäre zuerst, wieder das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines gut gerüsteten und ausgebildeten Heeres zu schärfen. Bei uns wird das Heer nur geduldet, wenn es um Katastrophenhilfe oder Schneeschaukel-Einsätze bei Skirennen geht. Dabei gehört die Bereitschaft zur Landesverteidigung zum Selbstverständnis eines jeden selbstbewussten Staates. Zu glauben, man brauche sie nicht, ist ein Zeichen von Dekadenz.

An der Marke Bundesheer wurde ungeniert Raubbau betrieben. 2013 entschied sich die heimische Politik, die prestigeträchtige UNO-Mission unserer Blauhelme am Golan zu beenden, nachdem sich dort die Lage zugespitzt hatte. International wurde dieser Rückzug als Peinlichkeit eingestuft. 2015 folgte die Posse um geplante Einsparungen bei der Militärmusik – die wollte der damalige Verteidigungsminister Gerald Klug (SP) verkleinern, damit man nicht noch mehr bei Ausrüstung und Truppe sparen muss. Doch dagegen liefen die ÖVP-Landeshauptleute Sturm und setzten sich durch – da war man endgültig nicht mehr weit entfernt vom Operettenheer.

Es wird schwer, nach Jahren der finanziellen und moralischen Vernachlässigung eine Image-Wende zu schaffen. Vieles ist notwendig abseits von der Überarbeitung militärischer Strategien und Einsatzszenarien. Vor allem müssen auch die Ausbildungspläne für die Rekruten modernisiert und attraktiviert werden. Der mühsamste Teil des Weges ist geschafft, wenn kein Präsenzdienst mehr seine Monate beim Heer als verlorene Zeit einstuft.

w.braun@nachrichten.at

Die wahre Botschaft negativer Zinsen

Was bedeuten negative Zinsen für Anleger? Kauft heute beispielsweise ein Anleger für 1000 Euro eine österreichische Staatsanleihe mit zehn Jahren Laufzeit, dann werden in zehn Jahren nur mehr 980 Euro zurückgezahlt werden. Der Preis dieser Anleihe ist also in letzter Zeit weit über den festgelegten Rückzahlungsbetrag gestiegen.

Zurückgerechnet auf die gesamte Laufzeit ergibt sich damit eine Verzinsung von -0,22 Prozent pro Jahr. Der arme Anleger wird nach zehn Jahren in Summe rund zwei Prozent seines angelegten Kapitals verloren haben. Berücksichtigt man noch die Inflation, addiert sich binnen zehn Jahren ein zusätzlicher Kaufkraftverlust von rund 16 Prozent. Macht einen Wertverlust von fast 20 Prozent in

KOLUMNE

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



zehn Jahren! Man fragt sich unweigerlich, wer denn eine solche Anleihe heute kaufen würde. Antwort: Anleger, welche noch tiefere Zinsen befürchten oder auf anderen Anlagen (zum Beispiel Aktien oder Immobilien) noch größere Verluste erwarten.

Auf jeden Fall senden die negativen Anleihezinsen eine klare Botschaft, und diese ist moderat ausgedrückt „suboptimal“: Entweder sind die künftigen Wachstumsraten klar negativ bei moderater Inflation, oder das Wachstum ist moderat bei deutlich fallenden Preisen. Denn die Formel für den Zins lautet vereinfacht: Zins = Wachstum + Inflation.

Negative Zinsen sind damit nicht einfach nur ein Preisschild, das die Notenbanken für Kredite willkürlich festlegen können. Nein, sie drücken

auch die durchschnittliche Einschätzung der Zukunft aus. Immer negativere Zinsen signalisieren, dass eine Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung erwartet wird.

Wenn genau diese Botschaft in den Köpfen von Konsumenten und Unternehmern ankommt, ist eine Trendwende der Notenbankpolitik erreicht. Wenn fallende Zinsen nicht mehr die Kreditnachfrage erhöhen, sondern als warnendes Omen betrachtet werden, dann haben sie plötzlich eine gegenteilige Wirkung.

Zudem zwingen sie zu vermehrtem Sparen, um eigene Spar- und Rentenziele trotz der tiefen Zinsen vielleicht doch noch zu erreichen. Wer mehr spart, gibt aber weniger für den Konsum aus, was die Wirtschaft wieder bremst. Das ist alles genau das Gegen-

teil dessen, was die EZB eigentlich erreichen will.

Die erstmals überwiegend kritischen Reaktionen auf den jüngsten EZB-Entscheid deuten darauf hin, dass Investoren und Unternehmer der Notenbank nicht mehr viel zutrauen und der Glaube an die alles heilende Steuerung durch die Geldpresse schwindet.

Damit bewegt sich die Eurozone in eine neue Phase, in der die Geschehnisse der EU westlicher in den Händen der EZB in Frankfurt als vielmehr (wieder) in denjenigen der politischen Hauptstädte Berlin, Paris oder Rom liegen. Beruhigend ist das nicht.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz